

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Matthias Lammert (CDU)

und

Antwort

des Ministeriums des Innern, für Sport und Infrastruktur

Elektronische Dokumentenprüfgeräte

Die **Kleine Anfrage 3428** vom 2. Juni 2015 hat folgenden Wortlaut:

In der Vergangenheit gab es immer wieder Fälle, in denen sich unberechtigte Personen, beispielsweise mit gefälschten Ausweisen, Sozialleistungen erschlichen haben oder Straftäter sich mit einer falschen Identität der Strafverfolgung entzogen haben. Denn gewöhnliche Kriminelle, aber auch islamistische Extremisten versuchen, mit gefälschten Dokumenten ins deutsche Melderegister aufgenommen zu werden. Mit einer Meldebescheinigung steht ihnen die Eröffnung eines Bankkontos für ihre illegalen Geschäfte offen. Man kann von den Mitarbeitern in den Bürgerämtern nicht erwarten, dass sie geschickte Fälschungen oder aktuelle und ehemalige Ausweispapiere aus über 200 Ländern sofort als richtig oder falsch erkennen können. Durch den Einsatz von elektronischen Dokumentenprüfgeräten kann die Echtheit von nationalen und internationalen Personaldokumenten dagegen schnell und sicher überprüft werden.

Die Bundespolizei setzt schon seit Jahren erfolgreich elektronische Dokumentenprüfgeräte ein. In Berlin-Neukölln konnten durch die Geräte 2014 bereits 50 gefälschte Dokumente erkannt werden. Außerdem soll in Berlin für die Mitarbeiter der Bürgerämter ein Handlungsleitfaden für den Fall des Erkennens einer Fälschung erstellt werden.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie viele Fälle von Urkundenfälschungen im Zusammenhang mit Personaldokumenten wurden in den Jahren 2012, 2013 und 2014 von den Bürgerämtern und der Polizei in Rheinland-Pfalz angezeigt?
2. Werden alle Polizeibeamten auf die Erkennung von gefälschten Dokumenten geschult? Wenn nein, warum nicht?
3. Wie werden die Bediensteten der Bürgerämter auf die Erkennung von gefälschten Dokumenten geschult? Besteht hier Schulungsbedarf?
4. Besteht in Rheinland-Pfalz Bedarf an der Erstellung eines Handlungsleitfadens für den Fall des Erkennens einer Fälschung für die Polizeidienststellen für die Bürgerämter? Wenn nein, warum nicht?
5. Wie bewertet die Landesregierung den Erwerb von elektronischen Dokumentenprüfgeräten zur Erkennung von gefälschten Dokumenten in allen Bürgerämtern und Polizeieinrichtungen?

Das **Ministerium des Innern, für Sport und Infrastruktur** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit Schreiben vom 24. Juni 2015 wie folgt beantwortet:

Zu Frage 1:

Im Landeskriminalamt (LKA) obliegt der Abteilung 3 „Kriminalwissenschaft und -technik“ die Echtheitsprüfung von Dokumenten. Die im Zeitraum 2012 bis 2014 von Stadt- und Kreisverwaltungen (Bürgerämter, Ausländerbehörden und Standesämter) sowie von Polizeidienststellen zur Begutachtung übersandte Anzahl an Dokumenten und festgestellter Fälschungen stellt sich wie folgt dar:

	2012	2013	2014
Stadt- und Kreisverwaltungen	269 (davon 61 Fälschungen)	438 (davon 67 Fälschungen)	304 (davon 20 Fälschungen)
Polizeidienststellen	109 (davon 56 Fälschungen)	157 (davon 120 Fälschungen)	145 (davon 89 Fälschungen)

Ergeben sich Hinweise auf Dokumentenfälschungen, übersendet die Abteilung Kriminalwissenschaft und -technik ein Gutachtensexemplar an die einsendende Behörde und informiert zusätzlich die zuständige Kriminalinspektion mit der Bitte um Einleitung eines Strafverfahrens in eigener Zuständigkeit.

Zu Frage 2:

Die Hochschule der Polizei Rheinland-Pfalz/Landespolizeischule behandelt das Thema „Erkennung von gefälschten Dokumenten“ sowohl in der Ausbildung, in den Bachelor-Studiengängen als auch in der polizeilichen Fortbildung. In den Studiengängen wird die Thematik interdisziplinär betrachtet und ist Gegenstand von Lehrveranstaltungen in den Fachgebieten Kriminalwissenschaften und Verkehrsrecht. Insofern erhalten alle Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten in Rheinland-Pfalz eine Grundbeschulung im Erkennen gefälschter Dokumente.

Zudem war das Thema auch Bestandteil des „Marktes der Möglichkeiten“ im Rahmen vergangener Hochschulgesprächstage (Modul 5 im Bachelorstudiengang), bei dem sich Studierende mit ausgewählten Themenstellungen befassen können.

Die Sachverständigen der Abteilung „Kriminalwissenschaften und -technik“ des LKA unterstützten das angebotene Studienseminar mit einem Vortrag zum Thema „Erkennen von Dokumentenfälschungen“. Darüber hinaus bieten die Sachverständigen interessierten Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten aus der polizeilichen Praxis Schulungen im Landeskriminalamt an, in denen Kenntnisse zu Technik und Taktik zum Erkennen von Dokumentenfälschungen vermittelt werden.

In der polizeilichen Fortbildung wird gezielt eine Veranstaltung zum Thema „Erkennen von Dokumentenfälschungen und -missbrauch“ angeboten. Zielgruppe sind dabei alle Polizeibeamtinnen und -beamte der Schutz- und Kriminalpolizei. Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer lernen praktische Fälle des Dokumentenmissbrauchs im täglichen Dienst kennen und erlangen Kenntnisse zur Technik und Taktik im Identifizieren von Dokumentenfälschungen.

Die Seminarinhalte der Fortbildung sind:

- Sicherheitsmerkmale in Dokumenten – Möglichkeiten und Grenzen der Nachahmung;
- Erkennen von Fälschungsmerkmalen;
- Einsatz technischer Hilfsmittel;
- Nutzung datenbankgestützter Vergleichsmustersammlungen;
- Polizeiliche Identitätsprüfung;
- Taktische Besonderheiten;
- Praktische Übungen.

In den Jahren 2013 und 2014 haben insgesamt 132 Teilnehmer an den angebotenen Veranstaltungen teilgenommen. Für das Jahr 2015 sind drei Termine für jeweils 20 Teilnehmerinnen und Teilnehmer geplant.

Zu Frage 3:

Die Kommunal-Akademie Rheinland-Pfalz e. V. hat auf Anfrage hierzu mitgeteilt, dass sich bislang kein entsprechender Schulungsbedarf gezeigt hat. Demzufolge habe die Kommunal-Akademie auch keine Fortbildungsangebote zu der Aufgabenstellung entwickelt. Sobald sich Schulungsbedarf ergibt, wird dieser durch entsprechende Seminarangebote der Kommunal-Akademie, ggf. in Kooperation mit der KommWis GmbH, abgedeckt.

Zu Frage 4:

Im Rahmen der Schulung „Erkennen von Dokumentenfälschungen und -missbrauch“ erhalten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer ein Handout, in dem auf die wichtigsten Sicherheitsmerkmale für das Erkennen von Dokumentenfälschungen hingewiesen wird. Ein Informationsblatt „Vorgehensweise zur Überprüfung von Dokumenten“ gibt eine Übersicht über die wichtigsten Prüfmerkmale. Die Unterlagen sind im Intranet der Polizei Rheinland-Pfalz für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingestellt.

Die an dem Seminar teilnehmenden Bediensteten außerpolizeilicher Behörden (z. B. Bürgerämter, Ausländerämter) erhalten zusätzliche Informationen, wie sie im Verdachtsfall vorgehen können und welche Polizeidienststelle kontaktiert werden kann.

Für alle polizeilichen Bediensteten stellt die bundesweite Intranetanwendung „EXTRAPOL“ ein Urkunden- und Dokumentenportal zur Verfügung, in dem Echtheitsbeschreibungen von Personaldokumenten recherchiert werden können, die auch mit Bild-datenbanken hinterlegt sind. Im Einzelnen handelt es sich um folgende vier Informationssysteme:

- DOKIS (Dokumenteninformationssystem aus Bayern),
- ISU (Informationssystem Urkunden des BKA und der Länder (außer Bayern),
- ARGUS (Datenbank aus Österreich),
- iFado (Europäische Union).

In DOKIS ist zudem eine „Einführung Urkundenfälschung“ enthalten, in der Sicherheitsmerkmale anhand von Bildern erklärt sind.

Darüber hinaus stehen zwei Online-Lerntools für Polizeibedienstete zur Verfügung. So bietet die Bundespolizei ein webbasiertes Trainingstool an, mit dem Anwenderinnen und Anwender anschaulich und anhand von Beispielen das Erkennen von Fälschungsmerkmalen einüben können. Die Polizei Niedersachsen stellt ebenfalls einen Lerntool zur Verfügung, das in DOKIS eingebettet ist.

Über das Verbindungsnetz des Bundesverwaltungsamts, das sogenannte DOI-Netz (früher TESTA), besteht für alle angeschlossenen außerpolizeilichen Behörden eine Zugangsmöglichkeit zu DOKIS.

Zu Frage 5:

Eine abschließende Echtheitsprüfung erfordert eine Begutachtung durch kriminaltechnische Sachverständige, die über dezidierte Fachkenntnisse zur Funktionsweise der in Personaldokumenten verwendeten Sicherheitsmerkmale verfügen. Elektronische Dokumentenprüfgeräte sind allenfalls als Hilfsmittel für das Erkennen von Dokumentenfälschungen zu betrachten. Versuche in anderen Bundesländern und auch bei der Bundespolizei haben gezeigt, dass der Einsatz von elektronischen Dokumentenprüfgeräten zu falschen oder falsch-positiven Fehlermeldungen führen kann, die erst durch eine kriminaltechnische Untersuchung ausgeschlossen oder bestätigt werden konnten.

Bei der Bundespolizei arbeiten speziell ausgebildete Dokumentenvorprüfer an den elektronischen Dokumentenprüfgeräten. Ohne diese Voraussetzung ist eine flächendeckende Ausstattung der Stadt- und Kreisverwaltungen sowie der Polizeidienststellen in Rheinland-Pfalz mit elektronischen Dokumentenprüfgeräten nicht sinnvoll.

In Vertretung:
Günter Kern
Staatssekretär